

# **iv** POSITIONEN

DAS MAGAZIN DER INDUSTRIE  
FEBRUAR 2026



**STARTSIGNAL  
FÜR DIE**



**RE-  
INDUSTRIALISIERUNG**



## **INNOVATION**

TTTech-CEO Georg Kopetz im Interview

Seite 5



## **WIEN**

Unternehmerischer Dialog zum  
Jahresauftakt

Seite 10

Österreichische Post AG,  
MZ 03Z034897 M  
Vereinigung der österreichischen Industrie,  
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien

## **MADE BY INDUSTRIE**

IV macht Industrie im Alltag sichtbar

Seite 2

# „Österreichisches Nein zu Mercosur ist fahrlässig“

Nach über 25 Jahren Verhandlungen wurde das Mercosur-Abkommen beschlossen. Welche Chancen ergeben sich daraus – und wie schadet die österreichische Blockadehaltung dem Standort langfristig? Darüber spricht IV-Bereichsleiter Igor Sekardi im Interview.

**Trotz des österreichischen Neins haben die EU-Mitgliedstaaten dem Handelsabkommen mit den Mercosur-Staaten zugestimmt. Welche Chancen bringt das Abkommen für Österreichs Industrie?**

**Igor Sekardi:** Die Bank Austria hat vorge-rechnet, dass in Österreich von rund 2.100 zusätzlichen Arbeitsplätzen ausgegangen werden kann. Die Chancen ergeben sich zunächst unmittelbar für Österreich und dann mittelbar über Deutschland sowie die europäischen Wertschöpfungsketten. Das Abkommen ist jedoch vor allem auch geostrategisch zu betrachten: Wir erleben derzeit eine Situation, in der Donald Trump regelmäßig mit neuen Zöllen droht, auf der anderen Seite dreht China Europa, überspitzt formuliert, etwa einmal im Monat den Rohstoffhahn auf oder zu. Und dann haben wir vor der Haustür Russland, das Krieg führt. Mercosur ist in Teilen eine Lösung für viele dieser Aspekte – es ist ein neuer, großer Absatzmarkt, der hoffentlich stabil ist und den regelbasierten Handel betont; gleichzeitig ist es eine Quelle für kritische Rohstoffe.

**Welche Regionen und Branchen profitieren am stärksten von Mercosur?**

Vor allem Maschinenbau und der Automotive-Sektor, insbesondere entlang der deutschen und italienischen Wertschöpfungsketten. Auch die chemische Industrie profitiert stark, da die Zölle in diesem Bereich bisher relativ hoch waren. Drittens: landwirtschaftliche Produkte bzw. die lebensmittelverarbeitende Industrie, etwa Wein. Regional profitieren vor allem Wien, aber auch Oberösterreich und die Steiermark. Allgemein dürften Bundesländer mit einem höheren Industrialisierungsgrad stärker profitieren.

**Schadet Österreichs Blockadehaltung bei Mercosur der Standortattraktivität?**

Ja. Die Entscheidung der Bundesregierung, Mercosur nicht zuzustimmen und damit das Zustandekommen des Abkommens zu riskieren, ist aus wirtschaftspolitischer Sicht fahrlässig. Warum? Aus zwei Gründen; erstens: Österreich ist in einer Zeit der wirtschaftlichen Rezession bzw. Stagnation. Wir hatten allein im



Igor Sekardi, IV-Bereichsleiter Internationale Beziehungen & Märkte.

letzten Jahr einen Einbruch der Exporte um fünf Prozent. In Österreich hängen 1,2 Millionen Arbeitsplätze und ein Viertel der Steuereinnahmen am Export. Zweitens: Seit 2019 haben sich drei einschneidende Entwicklungen ereignet – die Covid-Pandemie, der russische Angriff auf

die Ukraine und die handelspolitischen Spannungen mit den USA. Gerade vor diesem Hintergrund hätte Österreich als exportorientierte Volkswirtschaft ein überproportionales Interesse daran, seine Handelspartner zu diversifizieren und neue Märkte zu erschließen.

## Industriellenvereinigung macht Industrie im Alltag sichtbar

Start der Bewusstseinskampagne „Made by Industrie“: Der öffentliche Raum wird zur Bühne, auf der industrielle Leistungen sichtbar werden – im Stadtbild, in der Infrastruktur oder in ganz konkreten Alltagsprodukten.

Anlässlich ihres 80-jährigen Bestehens stellt die Industriellenvereinigung 2026 gemeinsam mit führenden heimischen Unternehmen die zentrale Rolle der Industrie für Österreich in den Mittelpunkt: Mit der Bewusstseinskampagne „Made by Industrie“ verfolgt die IV das Ziel, das gesellschaftliche Bewusstsein für den konkreten Beitrag der Industrie zu Wohlstand, Beschäftigung und Lebensqualität zu schärfen – abseits abstrakter Debatten und wirtschaftspolitischer Schlagworte. Sichtbar gemacht wird, wie tief die Industrie im Alltag verankert ist und wie maßgeblich sie zum Funktionieren des Wirtschaftsstandorts Österreich beiträgt. „Wer über Wohlstand, Beschäftigung und Zukunftsfähigkeit spricht, kommt an der Industrie nicht vorbei. Gerade in Zeiten großer Veränderungen ist es entscheidend, ein neues, zeitgemäßes Verständnis für die Leistungen der Industrie zu schaffen – dort, wo sie täglich erlebt wird“, sagt IV-Generalsekretär Christoph Neumayer.

Mit „Made by Industrie“ geht die Industriellenvereinigung bewusst neue Wege in der Kommunikation: Industrie wird nicht erklärt, sondern im Alltag entdeckt.

Der öffentliche Raum wird zur Bühne, auf der industrielle Leistungen sichtbar werden – im Stadtbild, in der Infrastruktur oder in ganz konkreten Alltagsprodukten. Anstelle klassischer, zentral gesteuerter Imagebotschaften entsteht so ein offenes, vielstimmiges Bild industrieller Wertschöpfung, das authentisch zeigt, wie tief die Industrie und ihre Leistungen in



Österreich verankert sind. „Die Besonderheit der Kampagne liegt in der aktiven Beteiligung: Wenn Menschen selbst sichtbar machen, wie viel Industrie in ihrem Alltag steckt, entsteht ein unmittelbarer Bezug – emotional, niederschwellig und glaubwürdig“, erklärt Dominik Futschik, IV-Bereichsleiter Strategie & Kommunikation.



Der gleichnamige Claim lädt dazu ein, diesen Perspektivenwechsel aktiv mitzugestalten. Konkrete Innovationen, reale Produkte und echte Leistungen der Industrie können mit dem „Made by Industrie“-Sticker gekennzeichnet, fotografiert und geteilt werden. Die Beiträge lassen sich direkt einreichen oder über Social Media veröffentlichen – mit @die.industriellenvereinigung und @madebyindustrie. Auf diese Weise wächst die Kampagne laufend weiter und wird von den Menschen getragen, die Industrie tagtäglich erleben.

Die Industriellenvereinigung lädt ihre Mitgliedsunternehmen ein, sich aktiv an der Kampagne zu beteiligen. Für Rückfragen und weitere Informationen steht Maria Schmidt-Iankova, stellvertretende Bereichsleiterin Strategie & Kommunikation, jederzeit gerne zur Verfügung.

### WEBTIPP

Weitere Infos finden Sie unter:  
[www.madebyindustrie.at](http://www.madebyindustrie.at)



# Ein Kompass, der nun Mut zur Umsetzung braucht

Mit der Industriestrategie ist ein erster wichtiger Schritt gelungen, jetzt braucht es messbare Zwischenziele und Zug zum Tor bei der Umsetzung: Reindustrialisierung darf kein abstrakter Begriff bleiben. Die Industrie wird nicht anhand wohlklingender Leitbilder urteilen, sondern orientiert an Ergebnissen – und zwar messbaren.



Österreichs Industrie hat lange auf ein klares industriepolitisches Signal gewartet – mit der nun präsentierten Industriestrategie setzt die Bundesregierung genau dieses Zeichen, und dafür gebührt ihr Anerkennung. Das ausdrückliche Bekenntnis zum Industriestandort Österreich, der Fokus auf Forschung und Innovation, leistbare Energie, qualifizierte Fachkräfte und Bürokratieabbau sind die richtigen Schwerpunkte zur richtigen Zeit. Auch die langfristige Zielsetzung, Österreich wieder unter die Top Ten der führenden Industrienationen zu bringen, ist mehr als Symbolpolitik: Sie ist eine notwendige strategische Positionierung in einem zunehmend harten globalen Wettbewerb.

Doch Strategie allein schafft noch keine industrielle Wertschöpfung – entscheidend wird sein, ob aus Ankündigungen konkrete, wirksame Maßnahmen werden. Ein erster Schritt wird der Industriestrompreis sein, der eine standortpolitische Notwendigkeit ist, um nicht von unmittelbaren

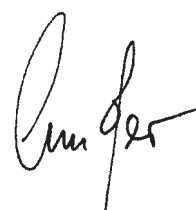
Nachbarländern abgehängt zu werden. Die Industrie wird diese Strategie jedenfalls nicht anhand wohlklingender Leitbilder beurteilen, sondern an Ergebnissen – und zwar messbaren. Reindustrialisierung darf kein abstrakter Begriff bleiben: Sie muss sich in Investitionen, Produktionskapazitäten, Exportstärke und Beschäftigung niederschlagen. Dafür braucht es quantifizierbare jährliche Zwischenziele, an denen Fortschritte transparent überprüft werden können.

Ebenso zentral ist, was diese Strategie nicht sein darf: kein Einfallstor für neue Kosten, zusätzliche Bürokratie oder weitere Regulierungen. Österreichs Industrie steht bereits heute unter erheblichem Wettbewerbsdruck – unter anderem durch steigende Lohn(neben)kosten und komplexe Auflagen. Eine Industriestrategie, die am Ende neue Belastungen schafft, würde ihr eigenes Ziel konterkarieren. Der Aufstieg in die Top Ten gelingt nur, wenn Investitionen erleichtert und nicht verteuert werden. Kritisch zu sehen ist zudem, dass

notwendige strukturelle Reformen bisher weitgehend ausgeblieben sind: Wer den Industriestandort nachhaltig stärken will, muss die finanziellen und wirtschaftlichen Spielräume für Zukunftsinvestitionen erweitern. Dazu gehören Reformen im Pensionssystem, im Gesundheitsbereich, in der Bildung und in der öffentlichen Verwaltung. Ohne diese Hebel werden wir nicht in die Gänge kommen.

Besonders auffällig ist, dass der Kapitalmarkt als zentrale Finanzierungsbasis für industrielle Transformation de facto ausgespart bleibt. Dabei ist klar: Die industrielle Erneuerung – von der Dekarbonisierung über Digitalisierung bis hin zu neuen Technologien – wird enorme Investitionsvolumina erfordern. Öffentliche Mittel allein werden das nicht leisten können. Ein leistungsfähiger Kapitalmarkt, der privates Kapital mobilisiert und Wachstum finanziert, ist kein Randthema, sondern ein Schlüssel zum Erfolg. Dass dieser Aspekt kaum adressiert wird, ist eine vertane Chance.

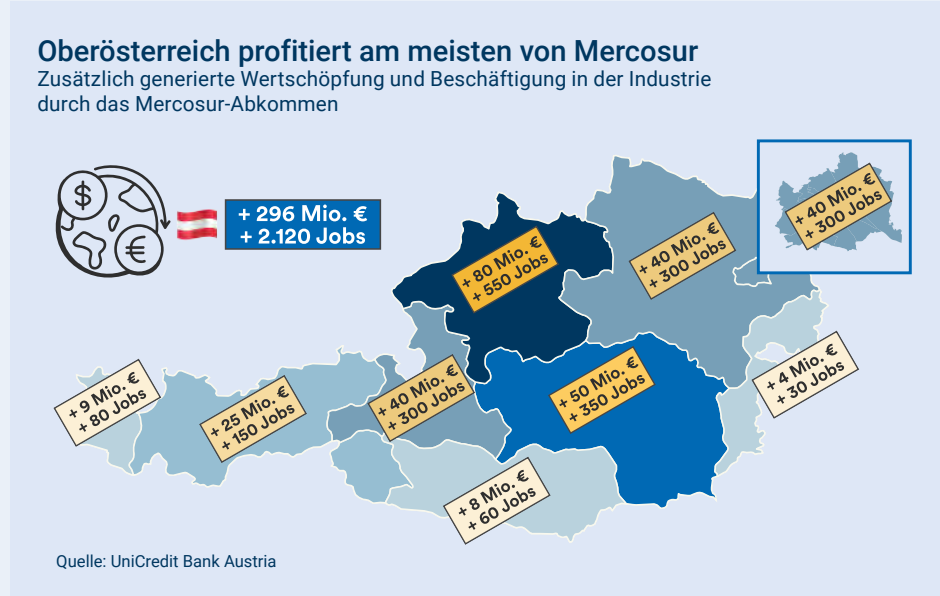
Unterm Strich ist die Industriestrategie 2035 ein wichtiger erster Schritt. Sie gibt Richtung und Ambition vor – und signalisiert, dass Industriepolitik wieder Chefsache ist. Ob sie jedoch mehr wird als ein politischer Kompass, hängt vom Mut zur Umsetzung ab. Die Industrie ist bereit, ihren Beitrag zu leisten. Jetzt ist die Politik gefordert, die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen: effizient, reformorientiert und messbar erfolgreich. Denn eines ist klar: Der Erfolg dieser Strategie wird nicht an Papieren gemessen, sondern daran, ob Österreich in den kommenden Jahren tatsächlich wieder industriell stärker wird.

Ihr  


Christoph Neumayer  
IV-Generalsekretär

## Grafik des Monats

Das nach 26 Jahren unterzeichnete Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten wird der österreichischen Industrie zusätzlich rund 300 Millionen Euro an Wertschöpfung und mehr als 2.100 Arbeitsplätze bringen – das geht aus einer entsprechenden Studie der UniCredit Bank Austria hervor. Besonders profitieren würden hierbei Oberösterreich und die Steiermark. 2024 exportierte Österreich Waren im Wert von 1,3 Milliarden Euro in die Mercosur-Länder – der durchschnittliche Zollsatz lag bei 10 Prozent und verursachte Kosten von etwa 130 Millionen Euro. Durch das Mercosur-Abkommen entfallen mehr als 90 Prozent der Zölle.



## Zahl des Monats

# 54 %

der Österreicher sind für die Erhöhung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters, um die Nachhaltigkeit des heimischen Pensionssystems zu gewährleisten. So das Ergebnis der jüngsten Eurobarometer-Erhebung im Herbst 2025. In keinem anderen befragten Land fand sich hierfür eine Mehrheit. Hinter Österreich folgen Finnland (39 Prozent) und Luxemburg (38 Prozent). Am geringsten ist die Zustimmung in Griechenland (14 Prozent) und Lettland (11 Prozent). Der Eurozone-Durchschnitt lag bei 29 Prozent.

## IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at  
 Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-N.: 00160, EU-Transparenzregister-Nr.: 89093924456-06. Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen; industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Redaktion: Aniko Benkö, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Marlena Mayer, Michael Mairhofer, Claudia Mischensky, Christoph Robinson, Michaela Roither, Irene Schulte.  
 Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich. Lektorat: Bernhard Paratschek.

Grafik: Sarah D'Agostino.

Druck: Druck Styria GmbH & Co KG, 8042 Graz. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 8 x jährlich in einer Auflage von 8.300 Stück, Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at.

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Adobe Stock, IV, Nicky Webb, IV Burgenland/Lexi, Salzburger Industrie/Neumayr/Schwaighofer, IV Steiermark/Marija Kanizaj, IV Tirol/Oss, IV Vorarlberg/ORF, IV Niederösterreich/Christian Holzinger, IV Wien, IV Kärnten

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.



# Mission erfüllt: Wehrdienst-Kommission abgeschlossen

*Geopolitische Herausforderungen machen eine Anpassung des Wehrdienstes notwendig. Sicherheit und die Anforderungen der Arbeitswelt müssen dabei integriert betrachtet werden.*

Nach Prüfung aller Optionen kam die Wehrdienstkommission (WDK) zu dem Ergebnis, dass das Modell „Österreich Plus“ die beste Wahl für Österreichs sicherheitspolitische Zukunft darstellt. Die Ergebnisse wurden am 20. Jänner, am Tag der Wehrpflicht, vom Vorsitzenden der WDK, Generalmajor Erwin Hameseder, dem stellvertretenden Vorsitzenden, Walter Feichtinger, und dem Leiter der Zivildienstagentur, Ferdinand Mayer, in Form eines Berichts vorgestellt. Dieser Bericht liefert die Basis für die nun folgenden politischen Verhandlungen sowie einen breiten öffentlichen Diskurs.

Das forcierte Modell sieht einen achtmonatigen Grundwehrdienst und anschließend Milizübungen von insgesamt zwei Monaten zur Auffrischung und Erweiterung der Fähigkeiten der Soldaten

vor. Österreich ist aktuell das einzige EU-Land mit Wehrpflicht, jedoch ohne verpflichtende Übungen. Der Zivildienst soll bei wesentlich stärkerer Betonung der Aufgaben der zivilen Landesverteidigung auf mindestens zwölf Monate verlängert werden.

Die IV war in die WDK aktiv eingebunden und trägt die Ergebnisse grundsätzlich mit. Viele unserer zentralen Anliegen wurden berücksichtigt; jetzt geht es um die Frage, welche tatsächlichen Kosten für Unternehmen entstehen und welche Entlastungsmaßnahmen der Industrie im Gegenzug ermöglicht werden können. In diesem Zusammenhang sind die ausgearbeiteten Anreizsysteme entsprechend zu konsultieren bzw. qualifizieren (u.a. Anrechenbarkeit erworbener Qualifikationen, Krankstands-kosten, Motivkündigungsschutz,



Erwin Hameseder, Peter Koren und Claudia Tanner beim Abschluss der Wehrdienstkommission.

Anhörungsrechte etc.). Darüber hinaus muss sichergestellt werden, dass die österreichische Wirtschaft und Industrie von der verstärkten Investitionstätigkeit im Bereich Sicherheit und Verteidigung direkt und indirekt profitieren (industrielle Kooperationen, F&E etc.). Die IV wird sich daher in dem nun folgenden Umsetzungsprozess sowie in etwaigen diesbezüglichen Gesetzesinitiativen proaktiv einbringen.



HIER GEHT ES ZUM BERICHT DER WDK

## Aktuelles in Kürze

### European Life Sciences Business Alliance: Gemeinsam für Europas Life-Sciences-Zukunft

Durch die European Life Sciences Business Alliance stärkt die IV ihre Zusammenarbeit mit BDI, Confindustria, DI und Medef für einen starken Life-Sciences-Standort Europa. Mit der Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding Ende 2025 wurde ein weiterer wichtiger Schritt zur Vertiefung der Kooperation gesetzt.

Ein starker Life-Sciences-Standort bietet nicht nur hohes Wachstums- und Wertschöpfungspotenzial, sondern auch eine innovative Gesundheitsversorgung. Dafür braucht es ein leistungsfähiges Ökosystem aus Unternehmen, Wissenschaft und Politik. Die European Life Sciences Business Alliance setzt auf den Ausbau europäischer Stärken, etwa durch bessere

Forschungs- und Innovationsbedingungen, gezielte Datennutzung, robuste Schutzrechte, den Abbau regulatorischer Hürden sowie die Stärkung klinischer Studien.

Die Kernforderungen sind in einem gemeinsamen Policy Paper und Mission Statement erarbeitet worden, die die Grundlage für gemeinsame Aktivitäten bilden, unter anderem für ein Stakeholder-Event im Europäischen Parlament im Mai 2025 zum Pharma-Paket. Wenngleich eine von der Kommission vorgeschlagene Kürzung des Unterlagenschutzes verhindert werden konnte, wurde im Trilog die Reduktion der Marktexklusivität beschlossen – eine klare Schwächung des europäischen Pharma-Standorts. Umso wichtiger ist es nun, innovations- und wirtschaftsstärkende

Rahmenbedingungen zu schaffen, die Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit erhöhen.

Dazu zählt auch, dass der geplante Schwerpunkt des Europäischen Wettbewerbsfonds (ECF) zu Gesundheit und Biotechnologie konsequent zur Stärkung der industriellen Basis Europas genutzt wird. Nur so können Wachstumspotenziale der Life Sciences gehoben und weitere Ansiedlungen sowie Neugründungen ermöglicht werden.

Für die IV ist zudem essenziell, dass die angekündigte nationale Life-Sciences-Strategie wissenschaftliche und wirtschaftliche Stärken bündelt und die Attraktivität des österreichischen Standorts in den Mittelpunkt stellt.



ZUM MISSION STATEMENT

### IV-Sparringprogramm „Netzwerk Aufsichtsrat“ startet in den vierten Durchgang – Bewerbungen ab jetzt möglich

Die Industriellenvereinigung (IV) setzt ihre erfolgreiche Initiative zur Stärkung von Frauen in Aufsichtsräten fort: Im April startet das IV-Sparringprogramm „Netzwerk Aufsichtsrat“ in die vierte Runde – erneut unter der Schirmherrschaft von IV-Vizepräsidentin Sabine Herlitschka.

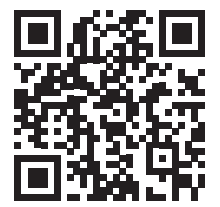
Gerade jüngste Entwicklungen zeigen: Der Bedarf an weiblichen Aufsichtsrätinnen steigt. Das IV-Sparringprogramm „Netzwerk Aufsichtsrat“ versteht sich nicht als Ausbildungsformat: Die Teilnehmerinnen bringen bereits jene fachlichen Kompetenzen mit, die für ein Aufsichts- oder Beiratsmandat notwendig

sind – das Programm setzt daher auf individuelle Weiterentwicklung, persönliche Reflexion und die Begleitung durch erfahrene Sparringpartnerinnen und -partner. Die Industriellenvereinigung möchte insbesondere auch konkreten Mehrwert für Unternehmen schaffen, die nach geeigneten Aufsichtsrätinnen suchen.

Die bisherigen drei Durchgänge zeigen den Erfolg des praxisorientierten Ansatzes: Durch die enge Zusammenarbeit in den Tandems, bestehend aus einer Persönlichkeit mit Aufsichtsrats-erfahrung und einer potenziellen zukünftigen Aufsichtsrätin, konnten zahlreiche Kandidatinnen wertvolle Einblicke

gewinnen, ihr Netzwerk erweitern und konkrete Schritte Richtung Mandat setzen.

Der vierte Durchgang startet am 30. April 2026 und läuft bis Februar 2027. Bewerbungen werden ab sofort entgegengenommen.



ALLE INFORMATIONEN FINDEN SIE HIER



# „Innovation zeigt sich im schnellen Markteintritt“

*TTTech-CEO Georg Kopetz spricht im Interview über den globalen Technologiewettlauf und innovationsfördernde Maßnahmen in Österreich und auf EU-Ebene. Großes Zukunftspotenzial für Österreich sieht er im Weltraumsektor.*



Georg Kopetz ist CEO von TTTech.

*Europa befindet sich in einem rasanten globalen Technologiewettlauf, allen voran mit den USA und China. Was muss Europa tun, um aufzuholen und seine Stärken klar ausspielen zu können?*

**Georg Kopetz:** Europa befindet sich in einer Phase tiefgreifender technologischer und wirtschaftlicher Transformation. Damit europäische Unternehmen im Zeitalter von Digitalisierung und künstlicher Intelligenz wettbewerbsfähig wachsen können, braucht es moderne Rahmenbedingungen. Dazu zählen ein schneller Technologietransfer von der Forschung zum marktfähigen Produkt, die rasche Skalierung sowie ein integrierter europäischer Kapitalmarkt mit erfahrenen Risikokapitalgebern im Technologiesektor. Zudem braucht es eine einheitliche, idealerweise digitale europäische Technologiebörse mit hoher Liquidität, die innovativen Unternehmen langfristiges Wachstumskapital erschließt. Nur so lassen sich Breakthrough-Innovationen rasch in skalierbare Produkte überführen – etwa in der digitalen Energietechnik, Industrieautomation, Robotik sowie Luft- und Raumfahrt, wo Europa über starkes technologisches Know-how verfügt.

Entscheidend ist, dass wir alle technischen Innovationen konsequent in Vertrieb und

Export bringen und dabei mehr unternehmerisches Risiko eingehen. Mehr Dynamik, stärkere Eigenkapitalbasis und Offenheit für neue Geschäftsmodelle schaffen ein Umfeld, in dem Technologieunternehmen nicht nur entstehen, sondern sich zu globalen Marktführern entwickeln können.

Österreich sollte sich als Innovationsstandort für internationale Partnerschaften öffnen und sich als Standort für gemeinsame Entwicklungs- und Produktionsvorhaben positionieren – etwa mit Unternehmen aus Indien, Japan oder Südkorea. Zugleich ist die Verbindung zwischen Forschung, Technologieentwicklung, Produktion und einer strategischen Industriepolitik zu vertiefen. Unsere Stärken – etwa in Safety und Security für „Physical AI“, in Robotik und in Quantentechnologien – müssen gezielt ausgebaut werden, um Europas technologische Souveränität nachhaltig zu sichern. Dies ist angesichts zunehmender geopolitischer Unsicherheit von zentraler Bedeutung.

*Kürzlich wurde bei einem europäischen Gipfeltreffen in Berlin eine Deklaration zur europäischen digitalen Souveränität unterzeichnet. Welche Ziele sollen damit verfolgt werden und welche konkreten Handlungsfelder sehen Sie, um die digitale Souveränität zu stärken?*

Digitale Souveränität ist Sicherheitspolitik, Innovationspolitik und Demokratiepoltik zugleich. Berlin war für uns ein großer Erfolg, da die Deklaration auf einer österreichischen Initiative basiert. Ihre Wichtigkeit wurde verstanden und sie wurde von allen 27 Mitgliedstaaten verabschiedet. Jetzt haben wir erstmals ein gemeinsames europäisches Ziel sowie den Weg dorthin definiert. Die Erklärung stärkt den politischen Willen, in Europa gemeinsam zu investieren, Standards zu setzen und offen, aber selbstbewusst mit globalen Partnern zusammenzuarbeiten.

*Aktuell arbeitet die österreichische Bundesregierung an der Umsetzung des*

*mit dem Regierungsprogramm geplanten Dachfonds. Was sind aus Ihrer Sicht die zentralen Kriterien, damit der Dachfonds für innovative Startups und Scaleups wirklich maßgeblich zum Wachstum beitragen kann?*

Der Dachfonds kann, gemeinsam mit Bundesregierung, Leitbetrieben sowie nationalen und internationalen Investoren mutig umgesetzt, weit mehr sein als ein Finanzierungsinstrument – er kann zum Motor einer neuen technologiegetriebenen Wachstumsphase im mitteleuropäischen Raum werden. Voraussetzung ist Mut zur Größe: die Mobilisierung eines Milliardenvolumens und die gezielte Stärkung jener Fonds, die in Scaleups und Transformations-Spinoffs investieren, um industrielle Skalierung und internationale Expansion zu ermöglichen.

Ebenso wichtig ist ein klar europäischer und internationaler Ansatz mit Fondsmanagern und Co-Investoren, die über globale Netzwerke und tiefes Industrialisierungs-Know-how verfügen. Die öffentliche Hand kann den Startimpuls setzen, etwa auch mit der Wirtschaftskammer, und geeignete Rahmenbedingungen schaffen; langfristig muss der Dachfonds jedoch von privatem Kapital getragen werden. Er sollte ein klares Signal senden, dass Österreich Gestalter der digitalen Industrieentwicklung ist – mit geduldigem Kapital, unabhängiger Governance und klaren Zielen.

*Die Europäische Kommission hat im Sommer ihre Vorschläge für einen EU Competitiveness Fund und ein nächstes EU-Forschungsrahmenprogramm Horizon Europe vorgelegt. Welche zentralen Chancen sehen Sie und wo muss noch verbessert werden?*

Diese EU-Initiativen bieten Europa die historische Chance, Forschung, Innovation und industrielle Skalierung als durchgehende Wertschöpfungskette zu verankern. Entscheidend ist, Europa global als offenen, leistungsfähigen Forschungs- und Innovationsraum zu positionieren;

einen Raum, in dem exzellente Ideen entstehen und rasch wachsen können. Der vorgeschlagene Finanzierungsrahmen von 175 Mrd. Euro für das nächste Horizon-Europe-Programm ist ein wichtiger Schritt; die Einbindung befreundeter Partnerländer wie Israel, Kanada, Südkorea oder der Türkei ist strategisch klug, um technologische Stärke und globale Vernetzung zu erhöhen. Gleichzeitig müssen Förderung, öffentliche Beschaffung und Standardisierung enger verzahnt und die kollaborative transnationale Forschung gestärkt werden. Innovation zeigt sich nicht im Labor, sondern im schnellen Markteintritt.

*Sie sind auch stark im Schlüsseltechnologiefeld Raumfahrt aktiv. Welche Potenziale hat der Weltraumsektor für Österreich und was braucht es in Zukunft?*

TTTECH ist seit Jahren in zentrale Raumfahrtprogramme eingebunden – von der Ariane-6-Trägerrakete bis zum NASA-Artemis-Programm. Unsere sichere Netzwerktechnologie kommt in der NASA-Orion-Kapsel, die heuer erstmals mit einer Crew den Mond umrunden wird, wie auch im Lunar Gateway im Einsatz.

Der Weltraumsektor bietet für Österreich großes Zukunftspotenzial – von Hightech-Elektronik und Robotik über Erdbeobachtungsdaten bis hin zu Anwendungen für Klima, Energie, Datenzentren und Sicherheit. Langfristige Investitionen in ESA- und EU-Programme, stärkere industrielle Skalierung und Talentförderung sind entscheidend. Gelingt dies, kann Österreich im europäischen Weltraumökosystem strategisch deutlich an Bedeutung gewinnen.

Das ESA-Rekordbudget von 22,1 Mrd. Euro für 2026 bis 2028 und die Erhöhung des österreichischen ESA-Beitrags auf 340 Mio. Euro setzen wichtige Signale; ergänzend müssen nationale Projekte und der Zugang zu Risikokapital ausgebaut werden.

## Sieben Stipendien für exzellente Forschung

Die Dr. Franz Josef Mayer-Gunthof-Stiftung vergab 2025 wieder Exzellenzstipendien für die Entwicklung von industrienahen Zukunftsthemen.

Die Dr. Franz Josef Mayer-Gunthof-Stiftung der Industriellenvereinigung schüttete 2025 unter dem Motto „Hunting for Excellence“ insgesamt sieben Exzellenzstipendien aus. Die Stiftung möchte dazu beitragen, dass Exzellenz in Österreich stattfinden und aus dem Ausland nach Österreich gebracht werden kann. Im Vordergrund steht die Entwicklung von industrienahen Zukunftsthemen.

Die Ansuchen der ausgezeichneten Stipendiatinnen und Stipendiaten erfüllen die Kriterien der wirtschaftlichen bzw.

naturwissenschaftlichen Ausrichtung der Stiftung. Alle Kandidatinnen und Kandidaten können die erforderliche Auslandserfahrung an internationalen Spitzeninstituten nachweisen: Sie erlangten internationale Expertise beispielsweise an der Harvard University (USA), der NTNU Trondheim (Norwegen), der USM Valparaiso (Chile), der National University of Singapore (NUS) oder der ETH Zürich.

Insgesamt wurden 2025 Stipendien i.H.v. 8.000 Euro verteilt. Davon gingen zwei Exzellenzstipendien zu je 2.500 Euro an David Faltner, BSc., und Johannes Weichsler, BSc. Die Preisträger befassen sich im Rahmen ihres jeweiligen technischen Studiums (Montanuniversität Leoben und Technische Universität Graz)

mit Verfahrenstechnik bzw. mit Materialwissenschaften. Die weiteren 3.000 Euro wurden je nach Qualität der jeweiligen

Ansuchen verliehen. Das Kuratorium gratuliert allen Kandidatinnen und Kandidaten herzlich!



# Startsignal für die Reindustrialisierung

*In der Industriestrategie hat sich die österreichische Bundesregierung ein ehrgeiziges Ziel gesetzt: Das Land soll bis 2035 in die Top Ten der Industrienationen innerhalb der OECD vordringen. Wie genau sieht der Plan aus? Eine Analyse.*

Die österreichische Industrie hat die Talsohle durchschritten, von einem echten Aufschwung wird man heuer allerdings nicht sprechen können: Die Erholung, die sich abzeichnet, steht auf wackligen Beinen. Es sind einige wenige Unternehmen, deren gute Performance dank digitaler Transformation und Energiewende die Statistik derzeit nach oben zieht. Der Großteil der Unternehmen sieht noch wenig Licht am Ende des Tunnels – die hohen Kosten drücken nach wie vor auf Wettbewerbsfähigkeit und Stimmung.

In den vergangenen Jahren hat der Wirtschaftsstandort Österreich massiv an Wettbewerbsfähigkeit verloren. Ein zentraler Indikator dafür kommt aus der Schweiz: Das „World Competitiveness Center“ des Lausanner Institute for Management Development (IMD) widmet sich seit 1989 der Untersuchung der weltweiten Wettbewerbsfähigkeit. In dem jährlich erscheinenden Ranking lag Österreich 2007 noch auf dem guten elften Platz. Das hat sich mittlerweile geändert – 2025 ging sich nur noch Rang 26 aus. Der Rückgang hat Spuren hinterlassen: Industriebetriebe mussten kürzertreten, ihre Produktion einschränken oder sie gar in andere Länder verlagern.

In der Industriestrategie hat sich die österreichische Bundesregierung ein ehrgeiziges Ziel gesetzt: Das Land soll bis 2035 in die Top Ten der Industrienationen innerhalb der OECD vordringen. Das ist eine erste wichtige strategische Positionierung und ein klares Zielbild, das dem Land lange Zeit gefehlt hat. Die Industriestrategie muss ein Startsignal für eine kräftige Re-Industrialisierung sein, denn

**„Die Industriestrategie muss ein Startsignal für eine kräftige Reindustrialisierung sein, denn die Industrie ist das Rückgrat von Wohlstand, Beschäftigung und Innovation in Österreich.“**

Georg Knill,  
IV-Präsident

die Industrie ist Rückgrat von Wohlstand, Beschäftigung und Innovation in Österreich“, sagt IV-Präsident Georg Knill. Was es dafür braucht, liegt bereits lange auf

dem Tisch: Die Kosten für Energie und Arbeit müssen auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau gesenkt und bürokratische Lasten abgebaut werden. Darüber hinaus braucht es gezielte Anreize für Investitionen und Innovation.

## Eine zentrale Standortfrage

Im Energiebereich hat die Regierung in den vergangenen Monaten viele Akzente gesetzt. Die jüngsten Maßnahmen sollen der energieintensiven Industrie helfen. Nach der Ankündigung Deutschlands, für 2026 einen Industriestrompreis einzuführen, drängte die Zeit für Österreich nachzuziehen, um gegenüber diesem wichtigen Handelspartner nicht ins Hintertreffen zu geraten. „Ein international wettbewerbsfähiger Industriestrompreis ist kein Sonderwunsch der Industrie, sondern eine zentrale Standortfrage“, so IV-Präsident Georg Knill. „Hier geht es nicht um kurzfristige Unterstützung einzelner Betriebe, sondern um die Sicherung der industriellen Basis des Landes. Angesichts dessen ist es positiv, dass die Bundesregierung hier auf Bestreben von Bundeskanzler Stocker rasch reagiert hat.“

Die genaue Ausgestaltung steht noch aus, die Bundesregierung hat aber vor, mit dem Industriestrompreis ab 2027 den maximal möglichen Rahmen auszuschöpfen, der nach dem EU-Beihilfenrecht möglich ist. Dieses ermöglicht momentan, die Hälfte des Stromverbrauchs eines Unternehmens zu fördern, und zwar wiederum zu maximal 50 Prozent unter Erfüllung bestimmter Reinvestitionsverpflichtungen. Für die Hälfte des Verbrauchs darf der Strompreis inklusive Steuern und Abgaben auf bis zu fünf Cent/kWh gefördert werden. Bei einem Verbrauch von 100 MWh dürfen also 50 MWh gefördert werden. Liegt der Preis zum Beispiel bei zwölf Cent/kWh, ist ein geförderter Preis von sechs Cent/kWh für diese 50 MWh möglich. Für die anderen 50 MWh gilt weiterhin der Preis von zwölf Cent, was unter dem Strich einen Preis für die 100 MWh von neun Cent/kWh ergibt. Der Differenzbetrag soll jährlich rückwirkend zurückerstattet werden. Für die IV ist auch die Verlängerung der Strompreiskompensation (SAG) ein positives Signal: „Das geht klar in die richtige Richtung und gibt Planbarkeit“, so Knill. Für beides werden jährlich 250 Millionen Euro veranschlagt, die aus der Energiebranche kommen sollen, wobei auch hier die genaue Ausgestaltung noch unklar ist. Eine gute Lösung für die Finanzierung ist es jedenfalls nicht.

Für Knill ist klar: „Angesichts der hohen Abgabenquote müssen Spielräume überdringend notwendige Strukturereformen geschaffen werden, statt zusätzliche Belastungen einzuführen“.

**„Angesichts der hohen Abgabenquote müssen Spielräume überdringend notwendige Strukturereformen geschaffen werden“**

Georg Knill,  
IV-Präsident

## Innovationsland

Die vorgelegte Industriestrategie enthält insbesondere im Bereich Forschung und Innovation zahlreiche richtige Ansätze. Gemeinsam mit Expertinnen und Experten aus der Praxis wurden neun Schlüsseltechnologien identifiziert, auf die sich Österreich in den kommenden Jahren konzentrieren wird: künstliche Intelligenz und Dateninnovation, Chips, elektronische Komponenten und Systeme, fortgeschrittene Produktionstechnologien und Robotik, Quantentechnologie und Photonik, fortgeschrittene Werkstoffe (Advanced Materials), Life Sciences und Biotech, Energie- und Umwelttechnologien, Mobilitäts- sowie Weltraum- und Luftfahrttechnologien.

Es sind Felder, in denen Österreichs Industrie bereits jetzt Stärken hat, die es weiter auszubauen gilt. Dafür werden im Rahmen des FTI-Pakts 2,6 Milliarden Euro bereitgestellt. Leider ist allerdings der FTI-Pakt in seiner Gesamtheit bisher ausständig – und damit noch unklar, wie die Forschungsfinanzierung für die kommenden Jahre insgesamt ausgestaltet sein wird. Eigentlich hätte das Paket bereits Ende letzten Jahres fertig sein sollen. „Der FTI-Pakt 2027–29 muss nun rasch und ohne Kürzungen beschlossen werden, damit wir hier ins Tun kommen“, fordert der IV-Präsident. Das Bekenntnis in der Strategie, die Forschungsprämie als wichtigen Standortfaktor weiterzuentwickeln, ist vor diesem Hintergrund ebenfalls eine gute Nachricht. Die IV setzt sich für eine Umsetzung ein, die eine Reduktion der Bürokratie und eine Anpassung an moderne Entwicklungszyklen bringt.

## Entbürokratisierungsoffensive

Geplant ist laut Industriestrategie auch eine Entbürokratisierungsoffensive, die

bereits vergangenen Dezember ins Rollen gebracht wurde. Bis 2035 sollen die nationalen Berichts- und Meldepflichten „auf das notwendige Maß“ reduziert werden – ein wichtiges Vorhaben, das aus Sicht der IV jedoch wesentlich rascher umgesetzt werden muss. „Ein Bürokratiekostenindex wäre ein geeignetes Instrument, um diesen Abbau von Berichtspflichten nachvollziehbar zu machen“, sagt Knill. Außerdem sind One-Stop-Shop-Verfahren und ein Once-only-Prinzip geplant. Die Entbürokratisierung soll dabei insbesondere durch Digitalisierung und standardisierte Datenformate unterstützt werden. Die Beschleunigung und Vereinfachung des Zugangs zu Fördermitteln ist ebenfalls ein positiver Schritt.

**„Ein Bürokratiekostenindex wäre ein geeignetes Instrument, um diesen Abbau von Berichtspflichten nachvollziehbar zu machen.“**

Georg Knill,  
IV-Präsident

Ein Wermutstropfen ist, dass die Reduktion der Lohnnebenkosten in der Industriestrategie vage bleibt. Angekündigt ist eine schrittweise Reduktion über den Beitrag zum Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) ab 2027, die allerdings noch immer unter Budgetvorbehalt steht. Eine für den Faktor Arbeit begrüßenswerte Maßnahme ist die Weiterentwicklung der Rot-Weiß-Rot-Karte, die unter anderem den Zugang für volljährige Lehrlinge ermöglicht.

„Die Ankündigungen der Industriestrategie sind eine solide Basis, mit der es nun zu arbeiten gilt. Auch die langfristige Zielsetzung gibt Orientierung für Unternehmen. Entscheidend wird nun sein, wie die angekündigten Maßnahmen konkret ausgestaltet und umgesetzt werden. Dies sollte rasch, wirksam und praxisnah erfolgen“, unterstreicht Knill und betont: „Die Umsetzung der Ankündigungen darf keinesfalls mit neuen Kosten, zusätzlicher Bürokratie oder weiteren Regulierungen einhergehen. Österreich steht im internationalen Wettbewerb – zusätzliche Belastungen würden den Standort noch weiter schwächen und somit das Ziel verfehlen.“

# DIE INDUSTRIESTRATEGIE AUS SICHT DER IV



## Positive Maßnahmen

- Verlängerung der Strompreiskompensation (SAG) bis 2029
- Industriestrompreis ab 2027
- Aufhebung des Verbots der CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Speicherung
- 2,6 Mrd. Euro der Mittel aus dem FTI-Pakt für Schlüsseltechnologien bis 2029
- Entbürokratisierungsoffensive
- Beschleunigung der Umweltverträglichkeitsprüfung
- Weiterentwicklung der Rot-Weiß-Rot-Karte
- Pilotprojekt „Rot-Weiß-Rot-Karte für volljährige Lehrlinge“
- Weiterentwicklung der Forschungsprämie
- Forcierung der strategischen und innovationsfördernden öffentlichen Beschaffung und Fokus auf europäische Lösungen (etwa auch zur Stärkung der digitalen Souveränität)
- Senkung der Lohnnebenkosten (allerdings noch zu unkonkret und mit Finanzierungsvorbehalt)
- Lehrlingsausbildung wird gestärkt und attraktiviert; inkl. Aufwertung des Polytechnikums und Lehrberufsfokus auf Schlüsseltechnologien
- Reform der Exportkontrolle zur Beschleunigung und Optimierung von Prüf- und Bewilligungsprozessen
- One-Stop-Shop für Infrastrukturverfahren zur Verfahrensbeschleunigung
- Verdreifachung des Anteils von Venture Capital am BIP und Errichtung eines „Startup- & Scale-up-Dachfonds“



## Kritische Maßnahmen

- Gefahr einer Einschränkung der Basisprogramme in der Forschung
- Kein allgemeines Bekenntnis zu Technologieoffenheit bei der Weiterentwicklung der Mobilitätsindustrie
- Der Zeithorizont „bis 2035“ erscheint zum Abbau von bestehenden Berichtspflichten deutlich zu lang



## Was fehlt

- Konkrete Maßnahmen zur Stärkung des Kapitalmarkts
- Büroriekostenindex, Berichtspflichtenmoratorium
- Option der Frequenzverlängerung für Telekommunikationsunternehmen nicht enthalten
- Sicherung des „Fonds Zukunft Österreich“, der dieses Jahr bereits ausgelaufen ist, wodurch über 140 Mio. Euro pro Jahr im FTI-System fehlen
- Notwendige Strukturreformen wie etwa zur Nachhaltigkeit des Pensionssystems
- Gold-Plating ist bei der Umsetzung europäischer Regelungen in nationales Recht unbedingt zu vermeiden; dies ist derzeit nicht klar festgehalten

# Neues „M:ndset“ für die Technischule der Zukunft

Mit der Initiative „M:ndset HTL“ sollen unter Leitung der MINTality-Stiftung möglichst viele HTLs zu mädchenfreundlichen Schulen weiterentwickelt werden – und es soll eine Community-Bewegung daraus entstehen.

Das Finden von Techniktalenten bleibt auch in der Rezession eine große Herausforderung für die innovative Industrie. Drei von vier Industrie-Leitbetrieben berichten heute von Personalproblemen in Technik und Produktion, IT sowie Forschung und Entwicklung. Zuletzt wurde die Lücke an HTL-Graduierten mit 10.000 beschrieben – und diese Lücke droht noch stärker anzuwachsen und zu einem weiteren Standortnachteil zu werden. Die HTL wird von den Technologie-Unternehmen als Standort-Asset eingestuft, das die Entwicklung der Industrie zur Innovationslokomotive in Österreich erst möglich gemacht hat.

## Community-Bewegung

Einer der größten Schmerzpunkte und gleichzeitig der größte Hebel für den Ausbau der HTL als „Technischule der Zukunft“ ist der noch immer niedrige Schüleranteil der Mädchen bzw. jungen Frauen. Um den Mädchenanteil von derzeit 20 Prozent deutlich anzuheben und damit mehr jungen Frauen die Tür zu einer naturwissenschaftlich-technischen Karriere zu öffnen, hat die IV jüngst die Initiative „M:ndset HTL“ initiiert, die nun unter operativer Leitung der MINTality-Stiftung umgesetzt wird. Zielsetzung ist, möglichst viele

HTLs zu mädchenfreundlichen Schulen weiterzuentwickeln und eine Community-Bewegung daraus entstehen zu lassen.

## Industrieunternehmen mit dabei

Bereits 23 HTLs haben sich der Initiative angeschlossen und – insbesondere durch Anregungen der Schülerinnen selbst – ein umfassendes Set an förderlichen Maßnahmen zusammengetragen, das von „Tech-Brunches“ mit weiblichen Role Models über räumliche Adaptierungen im Schulgebäude bis hin zu Speed-Dating-Formaten mit Partnerunternehmen reicht. Die konkrete Auswahl und Umsetzung von förderlichen Maßnahmen erfolgt spezifisch an jedem einzelnen Schulstandort und wird von einer schlanken Steuerungsgruppe begleitet werden, zu der neben Schülerinnen, Lehrpersonal und Schulleitungen auch Industrieunternehmen mit Naheverhältnis zu den HTLs eingeladen werden.

Gemeinsam soll ein neues „M:ndset“ etabliert werden – und damit optimale Rahmenbedingungen für Mädchen und Frauen in MINT von der Schule bis hinein in die Unternehmenswelt, um Technik für sie nicht nur zur Bildungsoption, sondern auch zu einem langfristig erfüllenden Karriereweg werden zu lassen.

# Die Lehre im Bildungssystem stärken

IV und „zukunft.lehre.österreich“ diskutierten die „Lehre als Eckpfeiler des Standorts – und des Bildungssystems“. Welche Good Practices gibt es bereits zur Verzahnung von unternehmerischer Praxis und Lehre?

Wenn es um Verbesserungen und Reformen in der Lehrausbildung geht, wird von Politik, Verwaltung und Interessensvertretungen primär die „Wirtschaftsseite“ angesprochen. Es braucht aber gleichermaßen die „Bildungsseite“ – und ein Verständnis der Lehre als gleichwertiges Bildungsangebot.

Mit einer Veranstaltung und umfassender Medienarbeit griff die IV gemeinsam mit der Initiative „zukunft.lehre.österreich.“ diese Perspektive auf: Was braucht es an den Berufsschulen? Wie können Berufsorientierung und polytechnische Schulen den Weg in die Lehre selbstverständlicher werden lassen? Welche Good Practices gibt es bereits zur Verzahnung von unternehmerischer Praxis und Lehre?

Schulen, Ausbildungsbetriebe und MINT-Regionen präsentierten ihre hervorragenden Ansätze, die IV-Präsident Knill und Geberit-CEO Helmut Schwarzl anschließend u. a. für die vertretenen Ministerien für Bildung und für Wirtschaft in zentrale IV-Vorschläge übersetzten: eine verpflichtende Berufsorientierung in der Unterstufe im Rahmen einer neuen „Bildungspflicht“, ein Investitionsplan für Berufsschulen oder eine zentrale politische Anlaufstelle für die Lehrausbildung.

Klar ist: Für die Umsetzung braucht es klare Zuständigkeiten im Bildungssystem; ein Aspekt, der von der IV im Sinne einer bundesweit einheitlichen Bildungssteuerung und starker Autonomie vor Ort eingefordert und von der Politik derzeit in der „Reformpartnerschaft für Österreich“ diskutiert wird.



V.l.n.r.: Viktor Fleischer; Robert Machtlinger, Präsident „z.l.ö.“ und CEO der FACC AG; Gudrun Feucht; Monika Sandberger, Geschäftsführerin „z.l.ö.“; Severin Gruber, Generalsekretär im BMWET, Doris Wagner, Sektionschefin BMB; Präsident Knill; Georg Konezky, Sektionschef BMWET; Helmut Schwarzl.

# Österreichs Hochschulen vor dem Neustart

Hochkarätige Gäste diskutierten im Haus der Industrie über die Hochschulstrategie 2040. Im Zentrum standen auch die IV-Visionen für ein zukunftsfähiges System.

Die Podiumsdiskussion der IV zur Hochschulstrategie 2024 des Bundesministeriums für Frauen, Wissenschaft und Forschung stieß auf enormes Interesse. In vollem Haus betonte Patricia Neumann, IV-Vizepräsidentin und Vorstandsvorsitzende der Siemens AG Österreich, das große Potenzial der Strategie für die internationale Wettbewerbsfähigkeit Österreichs: Hochschulen bräuchten klare Standortverantwortung, moderne Studien- und Weiterbildungsangebote – besonders im MINT-Bereich – sowie mehr Forschungsexzellenz und stärkeren Technologietransfer. Lange Studiendauern, hohe Abbruchquoten und unklare Berufsperspektiven müssten der Vergangenheit angehören.

Es diskutierten u. a. Heinz Faßmann (ÖAW), Brigitte Ecker (WPZ Research),

Therese Niss (Mitterbauer Beteiligungs GmbH), Brigitte Hütter (Österreichische Universitätenkonferenz), Beatrix Karl (Rektorinnen- und Rektorenkonferenz der Pädagogischen Hochschulen), Ulrike Prommer (Österreichische Fachhochschul-Konferenz) und Migrationsexperte Rainer Münz über Bedarfe der Unternehmen bis hin zu Einflussfaktoren wie Digitalisierung, Demografie und Internationalisierung.

Die Industrie formulierte klare Erwartungen: Trotz Rezession leiden drei von vier Unternehmen unter Personalengpässen in Technik, IT und F&E; zugleich zeigen sich Hochschulen bei Kooperationen oft wenig proaktiv. Nur mit starken, agilen Hochschulen könne Österreich Schlüsseltechnologien entwickeln und seine Wettbewerbsfähigkeit sichern, betonte Therese Niss. Die Hochschulstrategie müsse daher

Stärkefelder definieren und sektorenübergreifende Zusammenarbeit stärken – für

mehr Effizienz, mehr Innovation und einen attraktiven Standort Österreich.



Die IV lud zu einer Diskussion der Hochschulstrategie.

# Das JI-Skiwochenende 2026 in Tirol

*Vernetzung, Industrie-Einblicke und Wintersport in der Axamer Lizum.*

Gemeinschaft, sportlicher Ehrgeiz und persönlicher Austausch standen im Mittelpunkt des JI-Bundesskiwochenendes 2026 in der Axamer Lizum. Rund 90 Mitglieder der Jungen Industrie aus ganz Österreich kamen Mitte Jänner in Tirol zusammen, um Tage zwischen Industrie-Einblicken, Skifahren und Begegnung zu verbringen.

Zum Auftakt wurde am Freitagnachmittag die Gelegenheit geboten, einen von zwei ansässigen Industriebetrieben zu besuchen: Bei der Leitner GmbH in Telfs sowie bei der Tiroler Rohre GmbH in Hall in Tirol erhielten die Gruppen Einblicke in Produktionsabläufe, Entwicklungen und aktuelle Herausforderungen. Der direkte Dialog vor Ort bot einen praxisnahen Einstieg in das Wochenende.

Am Abend kamen die Mitglieder der Landesgruppen erstmals in der Axamer Lizum in größerer Runde zusammen. Im „Hoadl Haus“ an der Bergstation entstand in entspannter Atmosphäre Raum für Gespräche, Wiedersehen und Kontakt über Bundesländergrenzen hinweg. Für einen außergewöhnlichen Abschluss sorgte die gemeinsame Talfahrt mit den Pistenraupen.

Am Samstag drehte sich alles um das Skigebiet. Neben freien Abfahrten bekamen die Mitglieder einen Blick hinter die Kulissen des Skibetriebs und erfuhren, wie viel Organisation, Technik und Teamarbeit notwendig sind, damit alle Abläufe reibungslos funktionieren. Am Nachmittag folgte das traditionelle JI-Skirennen, das erneut eines der Highlights der Veranstaltung war. Mit viel Einsatz und Sportsgeist lieferten sich die Teams ein spannendes Rennen auf der Piste. Den Sieg holte sich heuer die JI-Steiermark. Mit dem Gewinn des legendären Wanderpokals ging auch die Organisation des nächsten JI-Skiwochenendes an das Siegerteam über.

Nach dem Skirennen kam die Gruppe noch einmal am Gipfel zusammen, bevor der Abend beim gemeinsamen Abendessen seinen Ausklang fand. Auch hier prägten Gespräche und persönlicher Kontakt den weiteren Verlauf des

Abends. Am Sonntag wurden die frühen Morgenstunden noch für die erste Abfahrt des Tages genutzt, bevor die gemeinsame Zeit langsam ausklang und die Heimreise angetreten wurde.

Ein besonderer Dank gilt den Sponsoren Axamer Lizum Bergbahnen GmbH & Co KG, BDO Austria GmbH, BTV Vier Länder Bank AG sowie Steinmayr & Co Insurance Brokers GmbH, die das JI-Bundesskiwochenende 2026 ermöglicht haben. Nicht zuletzt danken wir der JI-Tirol für ihren großen Einsatz bei der Organisation und Umsetzung des Skiwochenendes.

Die Tage in der Axamer Lizum haben einmal mehr gezeigt, wie wichtig solche Formate für die Junge Industrie sind: Sie schaffen Raum für Begegnung, stärken das Netzwerk und verbinden fachlichen Austausch mit gemeinsamen Erlebnissen. Die Vorfreude auf das nächste JI-Skiwochenende in der Steiermark ist damit bereits geweckt!



Die Landesgruppe Steiermark mit JI-Bundesvorsitzender Julia Aichhorn beim traditionellen Skirennen.



Einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus ganz Österreich im Rahmen des JI-Skiwochenendes 2026.



Einblicke hinter die Kulissen des Skibetriebs mit Gastgeber und JI-Tirol-Vorsitzendem Eduard Fröschl.



Abendlicher Ausblick am Gipfel der Axamer Lizum.



## EUROPA BRAUCHT ENTSCHEIDUNGSKRAFT

*Warum Zusammenarbeit jetzt unverzichtbar ist.*

Wie viele Signale aus der Welt braucht es noch, bis wir anerkennen, dass sich die globale Ordnung grundlegend verändert hat? Wirtschaftspolitik wird machtpolitisch betrieben, Interessen werden konsequent verfolgt. Europa kann es sich nicht mehr leisten, im Klein-Klein zu verharren. Umso wichtiger ist es, dass Europa schnelle Entscheidungen trifft und bereit ist, mutige Schritte zu gehen.

Gerade deshalb muss sich Europa konsequent für neue Handelspartner öffnen. Das Mercosur-Abkommen zeigt, dass diese Ernsthaftigkeit erkannt worden ist: Es steht für die Bereitschaft, wirtschaftliche Beziehungen zu erweitern und neue Märkte zu erschließen. Davon profitieren Industrie und Wirtschaft unmittelbar, weil internationale Öffnung neue Geschäftsmöglichkeiten schafft und Wertschöpfung sichert.

Europa verfügt über enorme Innovationskraft, industrielle Kompetenz und Know-how. Werden diese Stärken gebündelt, gehören wir zu den mächtigsten Wirtschaftsregionen der Welt. Dafür braucht es aber mehr als gute Absichten: Ein funktionierender einheitlicher Kapitalmarkt, spürbare Entbürokratisierung und weitere ambitionierte Handelsabkommen sind längst überfällig, wenn wir unseren Wohlstand für kommende Generationen sichern wollen.

Kooperation bringt mehr als Abschottung. Das ist nicht nur politisch sinnvoll, sondern auch verhaltensökonomisch belegt. Gemeinsame Märkte schaffen Stabilität, Planungssicherheit und Wachstum für alle Beteiligten.

Mercosur war ein wichtiger Schritt. Er darf jedoch nicht der letzte bleiben. Die Zeichen stehen auf Kooperation. Jetzt ist der Moment, diese Chance zu nutzen und Europa entschlossen weiterzuentwickeln. Nicht aus Angst, sondern aus Überzeugung. Nicht im Klein-Klein, sondern gemeinsam.

Julia Aichhorn,  
Bundesvorsitzende der Jungen Industrie

# Industrie im Umbruch: Perspektiven zum Jahresauftakt der Jungen Industrie

Beim traditionellen Neujahrsempfang der JI-Wien und der JI-NÖ/Bgld. standen Innovation und zukunftsorientiertes Unternehmertum im Mittelpunkt.

Der gemeinsame Neujahrsempfang der Jungen Industrie Wien sowie der JI-Niederösterreich/Burgenland hat sich als fixer Termin zum Jahresauftakt etabliert. Auch heuer stand der Abend im Zeichen des persönlichen Austauschs und unternehmerischer Perspektiven.

Im Mittelpunkt des Dialogs standen der ehemalige JI-Wien-Vorsitzende Martin Ohneberg sowie das ehemalige JI-Wien-Vorstandsmitglied Georg Swoboda, die Einblicke in ihre unternehmerischen Wege und Erfahrungen gaben. Moderiert wurde das Gespräch von Maximilian Nimmervoll, Vorsitzender der JI-Wien, der für einen lebendigen Austausch sorgte.

In der Diskussion wurde deutlich, dass sich viele Industrieunternehmen aktuell

strategisch neu aufstellen. Diversifikation in neue Anwendungen (wie etwa Maschinenbau, Rechenzentren, E-Mobilität und ausgewählte Defense-Bereiche) gewinnt an Bedeutung. Die Zukunft wird dabei weniger im klassischen Export gesehen, sondern stärker in direkten Investitionen vor Ort und in einer Produktion näher an den jeweiligen Märkten. Ziel ist es, Wertschöpfung resilienter zu gestalten und Geschäftsmodelle an veränderte Rahmenbedingungen anzupassen.

Gleichzeitig wurde angesprochen, dass sich Österreich im Wandel vom klassischen Produktionsstandort hin zu einem Entwicklungs- und Innovationsstandort mit höher qualifizierten Tätigkeiten befindet. Dafür seien attraktive Rahmenbedingungen entscheidend, insbesondere in den Bereichen Steuern, Forschung und Entwicklung sowie Ausbildung. Ebenso wurde die Bedeutung

leistungsfähiger Hochschulen und besserer Voraussetzungen für unternehmerisches Wachstum und Skalierung betont.

Als zentrale Herausforderung nannten die Gesprächspartner die Gewinnung motivierter und qualifizierter Mitarbeiter. Der Fachkräftemangel sei ein weltweites Phänomen, lange Ausbildungszeiten in technischen Berufen erschwerten die Situation zusätzlich – vor allem für kleinere Betriebe. Zugleich wurden Automatisierung, Digitalisierung und neue Technologien wie Robotik, künstliche Intelligenz und 3D-Druck als große Chance hervorgehoben, da sie zunehmend leistbar sind und entscheidend zur Wettbewerbsfähigkeit der Industrie beitragen. Der informelle Teil des Abends wurde mit Begrüßungsworten von Erwin Soravia, ebenfalls ehemaliges JI-Wien-Vorstandsmitglied, eröffnet. Der Empfang zeigte

erneut, wie wichtig offener Dialog über Erfahrungen, Herausforderungen und Chancen für die nächste Unternehmergegeneration ist.



Erwin Soravia eröffnete die Veranstaltung.



Georg Swoboda im Austausch mit der Jungen Industrie.



Martin Ohneberg teilte Einblicke und persönliche Erfahrungen.



Maximilian Nimmervoll führte in seiner Funktion als Vorsitzender der JI-Wien durch den Abend.



## GLOBAL VERNETZT, LOKAL VERWURZELT: BOEHRINGER INGELHEIM IN WIEN

Ein Besuch im Regional Center Vienna zeigte, welche zentrale Rolle Wien als Forschungs- und Produktionsstandort in der globalen Biopharma-Strategie des Unternehmens spielt.

Die Arbeitsgruppe „Wien 2030 – Wirtschaft & Innovation“ besuchte kürzlich das Boehringer Ingelheim Regional Center Vienna im 12. Bezirk, Wien-Meidling. Bei der Firmenpräsentation gewährten Pavol Dobrocky, Geschäftsführer des Regional Centers, und Georg Vana, Head of Public and Government Affairs, einen umfassenden Einblick in die Aktivitäten, Strukturen und Entwicklungen des Standorts.

Wien fungiert dabei als Koordinationszentrum für Forschung und Produktion innerhalb von Boehringer Ingelheim. Von hier aus werden 33 Länder und 19 Standorte betreut, darunter auch Krisenregionen wie die Ukraine und Israel. Der Standort Meidling ist seit 1956 etabliert und hat sich in den vergangenen Jahrzehnten zu einem hoch entwickelten Biopharma-Standort entwickelt, der Forschung und Produktion verbindet.

Boehringer Ingelheim legt einen langfristigen Fokus auf Medizin. Global beschäftigt das Unternehmen rund 55.000 Mitarbeitende. In Wien-Meidling sind heute über 3.400 Mitarbeitende tätig, die Hälfte davon weiblich; aus 32 Nationen. Die im

Jahr 2021 in Betrieb genommene biopharmazeutische Produktion in Wien spielt eine zentrale Rolle: als größte Einzelinvestition in der Geschichte des Unternehmens und als größte Firmeninvestition in Wien seit der Errichtung des General-Motors-Werks in Aspern 1979. Die Multi-Produkt-Zellkulturanlage erweitert die globale Kapazität um 30 % und umfasst 48 Bioreaktoren mit einem Gesamtvolumen von 185.000 Litern. Hier werden weltweit eingesetzte monoklonale Antikörper, Enzyme und weitere rekombinante Proteine hergestellt.

In den letzten zehn Jahren flossen mehr als eine Milliarde Euro in die Standortentwicklung in Wien. Das Unternehmen setzt auf Automatisierung, attraktive Arbeitsbedingungen und die Gewinnung hoch qualifizierter Mitarbeiter, um Wien als innovativen und international wettbewerbsfähigen Standort zu stärken. Gleichzeitig engagiert sich die Boehringer Ingelheim Stiftung in der Förderung akademischer Forschung und internationaler Nachwuchswissenschaftler. Georg Vana betonte die Bedeutung Wiens als strategischer Standort für Forschung und Produktion in Eu-

ropa – weitere Investitionsanreize, niedrigere Lohn- und -nebenkosten sowie ein Wohlfühlfaktor für Mitarbeitende seien für die Zukunft entscheidend, um langfristig Fachkräfte zu gewinnen und Innovationen in Europa zu sichern. Der Be-

such zeigte eindrucksvoll, wie Wien als Forschungs- und Produktionszentrum für Boehringer Ingelheim eine Schlüsselrolle einnimmt und gleichzeitig die Zukunft der biopharmazeutischen Industrie aktiv gestaltet – lokal verwurzelt, aber global vernetzt.





## DIE STUNDE EUROPAS?

*Das neue Jahr beginnt äußerst turbulent: Die alte Welt ist nicht mehr – wie die neue aussehen wird, ist noch unklar. Amerikas Verantwortungslosigkeit fordert eine neue europäische Führungsrolle ein.*

### DEBATTE

Teilen Sie uns Ihre Meinung mit – via E-Mail an [debatte@iv.at](mailto:debatte@iv.at).

Dass es für Europa in einer zweiten Präsidentschaft von Donald J. Trump nicht einfach sein würde, das war jetzt wenig überraschend. Der alte Kontinent hat 2025 dasselbe getan wie (fast) alle: Man hat versucht, Trump zu schmeicheln, ihn zu umgarnen; ein bisschen dagegenhalten, ein bisschen nachgeben. Am Ende kam ein Zoll-„Deal“ zustande, der für Europa zwar nachteilig, aber noch verkraftbar war. Und man hatte das Gefühl: Das war ja direkt ein Erfolg! Zum Glück ist dieser „Deal“ bisher noch gar nicht in Kraft – die Zustimmung des EU-Parlaments fehlt, und das ist derzeit leider gut so.

Denn, um noch im alten Jahr zu bleiben: Viele wählten den europäischen Weg, versuchten, Trump zumindest symbolisch Zuspruch zu geben. Die FIFA erfand sogar einen eigenen „FIFA-Friedenspreis“, den man dem amerikanischen Präsidenten mit großem Brimborium überreichte. Nur China blieb standhaft – und die geradezu absurden Zoll-Drohungen gegenüber dem Reich der Mitte verliefen am Ende im Sand. Vielleicht sollten wir uns das merken. Denn eines ist mit Beginn dieses Jahres klar geworden: Die bisherigen Versuche, Donald Trump mit ein bisschen Nachgeben und ein bisschen Schmeicheln zu besänftigen, sind gescheitert. In Amerika sagt man, dass man einem „Bully“ gegenüber nie nachgeben darf, dass man sich wehren muss – weil sonst der „Bully“ nur immer mehr will.

Und damit willkommen im neuen Jahr 2026. Trump will Grönland. Er will es einfach. Dass die USA seit den 50er-Jahren jedes Recht hätten, in Grönland so viele

Militärbasen zu unterhalten, wie sie wollen, dass die USA selbst bestehende Basen aber in den letzten Jahrzehnten sukzessive abgebaut haben – diese Realität spielt keine so große Rolle mehr. Die Realität 2026 sieht nämlich so aus: Der norwegische Premierminister schreibt Donald Trump, bittet höflich um eine sprachliche Deeskalation auf beiden Seiten, bietet gemeinsam mit seinem finnischen Amtskollegen direkte Gespräche an. Die Antwort folgt auf dem Fuße und ist bezeichnend für die Zeit, in der wir leben: Nachdem Norwegen ihm nicht den Friedensnobelpreis verliehen habe, fühle er, Donald J. Trump, sich nunmehr nicht mehr nur dem Frieden verpflichtet ...

Wir stehen damit am Beginn dieses Jahres vor einem Scherbenhaufen. Die internationale Ordnung, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg, vor allem auf Bestreben der USA, etabliert hatte, ist Geschichte; die transatlantische Partnerschaft nicht mehr existent, die USA ziehen sich sukzessive aus vielen von ihnen mitbegründeten internationalen Organisationen zurück. Verträge aus der Vergangenheit scheinen keinen Wert mehr zu haben, geschweige denn politische Zusagen. Die Situation ist dermaßen absurd, dass Kommentatoren weltweit tief in die rhetorische Kiste aus dem 19. Jahrhundert greifen müssen, um dann über den neuen „Kanonenboot-Kapitalismus“ zu schreiben. Durchaus passend im Übrigen – Donald Trump selbst hat im Wahlkampf gerne das „Goldene Zeitalter“ des amerikanischen Kapitalismus (inklusive aggressiver Zollpolitik) des 19. Jahrhunderts zitiert. Passend, sprichwörtlich wie die Faust aufs Auge.

Also was tun? Eines muss allen klar sein: Klein beigeben wäre für Europa gleichzusetzen mit der kompletten Selbstaufgabe. Genug ist irgendwann eben auch einfach genug. In Amerika gibt es den Spruch:

„Hope for the best, prepare for the worst.“ Den ersten Teil dieses Spruchs (der gesamt im Grunde nichts anderes ist als das alte römische „Si vis pacem, para bellum“) können wir mittlerweile getrost ignorieren: Die Zeit des Hoffens und Jammerns und Debatierens ist vorbei, endgültig. Hier geht es nicht mehr um einen „Weckruf für Europa“ oder was sonst so alles im Vorjahr gerne diskutiert wurde. Jetzt geht es um Tatsachen, nicht mehr und nicht weniger.

Und helfen kann uns niemand mehr – außer WIR alle krepeln die Ärmel hoch und helfen uns selbst. Und dabei sollten wir – endlich! – als Europa auch etwas mehr Selbstvertrauen zeigen. Denn so klein und unwichtig, wie uns Donald Trump und Konsorten gerne hinstellen, sind wir gar nicht. Europa hat als Wirtschaftsmacht durchaus Gewicht. Die erratische Zollpolitik der USA schadet allen, aber allen voran den USA. Wir werden wohl manche Einbußen hinnehmen müssen, aber inzwischen sind wir so weit, dass man auch einmal festhalten muss: Geld und Wirtschaft alleine sind auch nicht alles. Es gibt einfach Grenzen des Hinnehmbaren.

Und wir waren ja auch nicht untätig, es gibt durchaus hoffnungsvolle Signale. Wir müssen uns neue Partner in der Welt suchen – nach 25 Jahren Verhandlungen steht nun endlich das Mercosur-Freihandelsabkommen vor dem Abschluss, auch wenn das EU-Parlament für eine neuerliche Verzögerung gesorgt hat. Inzwischen kommt Unterstützung für mehr Freihandelsabkommen selbst aus relativ unerwarteten politischen Ecken. Die Realität übertrumpft eben doch ideologische Wunschvorstellungen. Und wir leben nun einmal in Zeiten, in denen ein kanadischer Premier in China vom Wunsch nach neuen Partnerschaften in einer neuen Weltordnung spricht; in der ein kanadischer Premier sich bemüht fühlt, öffentlich zu bekräftigen, dass man sich weiter der NATO und damit auch Artikel 5 verpflichtet fühlt – und damit in Solidarität an der Seite Dänemarks und Grönlands stehe.

Europa muss handeln, egal was rundherum passiert. Es gilt, eine Maxime zu befolgen: Wir selbst müssen alles dafür tun, dass Europa wirtschaftlich so erfolgreich wie möglich dasteht. Wir sind nicht niemand, wir haben Gewicht in dieser Welt; heute vielleicht sogar mehr denn je – denn was etwa die viel zitierte „Soft Power“ angeht, sind die USA derzeit wohl nicht mehr die „Shining City on a Hill“, dafür sorgen allein die Bilder und Videos, die die amerikanische Innenpolitik derzeit liefert. Bezeichnenderweise sind etwa auch die Bemühungen heimischer Universitäten, Spitzenforscher aus den USA für Europa zu gewinnen, durchaus von Erfolg gekrönt; und das nicht nur in Österreich.

Europa hat in der Vergangenheit sicher vieles falsch gemacht. Der Vorwurf, wir hätten es uns nach dem Kalten Krieg zu gemütlich gemacht, uns bei Verteidigung und Co zurückgelehnt und die „Friedensdividende“ lieber via Sozialsystem konsumiert, kommt nicht von ungefähr – und wurde auch von demokratischen Präsidenten der USA immer wieder kritisiert. Das hat sich zum Teil bereits geändert; zögerlich, aber doch.

Umso wichtiger also, dass wir in Europa auch unsere Hausaufgaben machen, unsere öffentlichen Budgets in Ordnung bringen, unsere Strukturen durch Reformen nachhaltig finanzierbar machen, und, und, und ... Hier haben wir alle Herausforderungen genug, in Österreich, in Brüssel. Das ist nicht neu. Neu ist, dass wir jetzt keine Zeit mehr zu verlieren haben. Auf Zeit spielen, das Prinzip Hoffnung heraufbeschwören – damit ist jetzt Schluss. Sehen wir es doch positiv: In gewisser Weise hat Donald J. Trump für mehr Einigkeit in Europa gesorgt; keine „Warnschüsse“ mehr, sondern Tatsachen. Also: Ärmel hochkrepeln – jetzt können wir uns nur noch selbst helfen!

Christian C. Pochtler,  
Präsident der IV-Wien

## NEUJAHREMPFANG MINT-GÜTESIEGEL 2025–2028

*Neuer Beginn: Zahlreiche Wiener Bildungseinrichtungen wurden geehrt, die sich bereits zum zweiten oder gar dritten Mal erfolgreich für das MINT-Gütesiegel beworben hatten.*

Das „MINT-Gütesiegel“ wurde 2025 bereits zum neunten Mal von Bildungsministerium, IV, Wissensfabrik Österreich und PH Wien vergeben. Anfang des Jahres wurden nun bei einem Empfang in der Bildungsdirektion Wien 14 Wiener MINT-Bildungseinrichtungen geehrt, die das MINT-Gütesiegel bereits zum zweiten Mal erhalten hatten; bei 17 Wiener Bildungseinrichtungen war es sogar das dritte Mal. „Die stringente Förderung in den MINT-Fächern zeigt den besonderen Stellenwert der naturwissenschaftlichen Fächer, die auch vonseiten der Wiener Landesregierung und der Wirtschaft geschätzt werden“, so Elisabeth Fuchs, Direktorin der Bildungsdirektion Wien, in ihrer Begrüßung. Daher sei sie auch „sehr stolz, dass es

in diesem Schuljahr gelungen ist, zwei Bildungsregionen zu etablieren. Das zeigt auch die enge Verbundenheit von Industrie, außerschulischen Einrichtungen wie dem Technischen Museum und den Schulen“, so Fuchs. Der Geschäftsführer der IV-Wien, Johannes Höhrhan, unterstrich in seiner Begrüßung die Bedeutung des steten Bemühens, MINT-Themen an möglichst allen Bildungseinrichtungen zu pushen; „mehr MINT“ sei für Wien als Standort ein zentraler Beitrag für mehr Wettbewerbsfähigkeit. Im Falle des MINT-Gütesiegels „gebührt der größte Dank natürlich Ihnen, liebe Direktorinnen und Direktoren, inklusive Ihres gesamten Personals an Ihren Standorten: Sie füllen die hehren Worte ‚mehr MINT‘ im Alltag an Ihren Schulen mit Leben – ein

herzliches Dankeschön dafür!“, so Höhrhan. Auch der Direktor des Technischen Museums Wien, Peter Aufreiter, unterstrich die Bedeutung eines langfristigen Engagements und einer engen Kooperation aller Beteiligten, „denn MINT-Initiativen können nur im Zusammenspiel von Bildungsinstitu-

tionen, außerschulischen Lernorten sowie Partnern aus Wirtschaft und Gesellschaft nachhaltig wirken“. Dies sei wichtig, „weil MINT-Bildung Kindern und Jugendlichen jene Kompetenzen vermittelt, die sie brauchen, um eine von Technologie und Innovation geprägte Welt aktiv mitzugestalten.“



Stellvertretend für viele engagierte Pädagoginnen und Pädagogen: Auch das Gymnasium und Realgymnasium des Instituts Neulandschulen konnte sich über die abermalige Auszeichnung mit dem MINT-Gütesiegel freuen.

# „Das Fundament bröckelt weg ...“

Zu Beginn des neuen Jahres 2026 hat „iv-positionen“ Monika Köppl-Turyna, Direktorin EcoAustria, sowie Franz Schellhorn, Direktor Agenda Austria, um ihre Einschätzung zu Status quo und Perspektiven des Standorts Österreich gebeten.

**Das neue Jahr hat international turbulent begonnen. Wie schätzen Sie die aktuelle Lage Österreichs ein – wo stehen wir am Beginn des Jahres 2026?**

Köppl-Turyna: Österreich startet in einem schwierigen internationalen Umfeld ins Jahr 2026. Geopolitische Unsicherheiten, schwaches Wachstum in Europa und die zunehmende Fragmentierung der Weltwirtschaft belasten die wirtschaftliche Dynamik. Gleichzeitig ist die Lage nicht von einer akuten Krise geprägt, sondern von strukturellen Herausforderungen, die sich über Jahre aufgebaut haben – dazu zählen hohe Standortkosten, eine schwache Investitionstätigkeit und eine stagnierende Produktivitätsentwicklung. Dabei verfügt Österreich weiterhin über wichtige Stärken: stabile Institutionen, eine gut qualifizierte Arbeitskräftebasis sowie wettbewerbsfähige Nischen in Industrie, wissensintensiven Dienstleistungen und technologieorientierten Bereichen. Entscheidend wird sein, ob es gelingt, diese Stärken in einem schwieriger gewordenen Umfeld wieder besser zu nutzen. Ohne Reformen droht kein abruptes Abrutschen, aber ein schrittweiser Verlust an Wettbewerbsfähigkeit.

Schellhorn: Das zarte Wirtschaftswachstum, das die Konjunktexperten für heuer erwarten, gibt zwar Hoffnung. Aber wir sollten aufhören, uns etwas vorzumachen: Dieses erhoffte Wachstum geht einzig und allein auf das Konto des munter expandierenden Staatskonsums. Mit einer florierenden Wirtschaft hat das nichts

dritten Pleiterekord in Folge. Das Heer der Arbeitslosen ist auf 400.000 angeschwollen und im Staatshaushalt klafft trotz Rekordinnahmen ein Rekorddefizit. Aus dem „2-1-0“-Ziel von Bundeskanzler Stocker wurde eine „5-4-0“-Wirklichkeit: Fünf Prozent Defizit, vier Prozent Inflation, nahezu null Prozent Wachstum. Und das, obwohl wir die Staatsausgaben auf 56 Prozent der Wirtschaftsleistung hochgetrieben haben. Das ist beinahe so viel wie in Zeiten der Pandemie – nur eben ohne Pandemie. Der Staat liefert mittlerweile einen höheren Beitrag zur Wirtschaftsleistung als die Industrie. Allerdings produziert der Staat nichts, er verteilt nur das Geld um, das die Unternehmen und deren Beschäftigte erwirtschaften.

**Derzeit wird viel über neue Einnahmen geredet, etwa über neue Steuern auf Vermögen und Erbschaften oder auch die Rücknahme der Abschaffung der kalten Progression. Ihre Meinung dazu?**

Schellhorn: Eine Regierung, die mit Rekordinnahmen das vierthöchste Defizit aller Euroländer hinlegt, wird auch mit noch höheren Steuern nicht das Auslangen finden. Warum sollen für dieses budgetäre Versagen die Steuerzahler aufkommen? Niemand investiert in einem Land, dessen politische Führung die Kontrolle über die Staatsausgaben verloren hat, um dann auch noch leidenschaftlich darüber zu philosophieren, warum es noch höhere Steuern braucht, statt endlich die völlig überzogenen Staatsausgaben auf ein vernünftiges Maß zurückzustutzen. Investiert wird in einem Land, in dem Unterneh-

inflation erhöht hätte, würde der Staat um 55 Milliarden Euro mehr ausgeben als damals, aber um 30 Milliarden weniger als heute. Wir würden also über Budgetüberschüsse diskutieren.

Köppl-Turyna: Aus ökonomischer Sicht sollte die zentrale Frage nicht lauten, wie der Staat kurzfristig mehr Einnahmen erzielt, sondern wie Wachstum, Investitionen und Beschäftigung gestärkt werden können. Österreich hat weniger ein Einnahmenproblem als ein Effizienz- und Ausgabenproblem. Neue Steuern auf Vermögen oder Erbschaften können Investitionen, Unternehmensnachfolgen und Kapitalbildung belasten, insbesondere in einer Phase schwacher wirtschaftlicher Dynamik. Auch eine Rücknahme der Abschaffung der kalten Progression würde vor allem

durch verbindliche Fristen, gebündelte Zuständigkeiten und eine stärkere Digitalisierung der Verfahren. Drittens muss das Arbeitskräfteangebot nachhaltig gesichert werden. Dabei kommt einer Reform des Pensionssystems eine zentrale Rolle zu: Ein höheres Pensionsantrittsalter stärkt das Arbeitskräfteangebot deutlich und entlastet zugleich die öffentlichen Budgets. Maßnahmen, die nur kurzfristig Einsparungen bringen, greifen dabei zu kurz. Erforderlich sind strukturelle Reformen, die langfristig wirken. Ergänzend braucht es Investitionen in Qualifizierung, gezielte Zuwanderung sowie eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, um dem Fachkräftemangel wirksam zu begegnen. Zusätzlich sollte Österreich europäische Hebel stärker nutzen, etwa bei der Integration der Energiemärkte und der Vertiefung des Kapitalmarkts.



Monika Köppl-Turyna ist seit 2020 Direktorin des Instituts für Wirtschaftsforschung EcoAustria.

die Arbeitsanreize schwächen und die Belastung auf Arbeit erhöhen, ohne die strukturellen Ursachen der Budgetprobleme zu lösen. Entscheidend sind daher das Timing und die Wirkung von Maßnahmen. Eine nachhaltige Budgetsanierung gelingt langfristig nur über höhere Produktivität, ein größeres Arbeitskräfteangebot und effizientere staatliche Strukturen, nicht über kurzfristige steuerliche Eingriffe in einer konjunkturell fragilen Phase.

**Was wären aus Ihrer Sicht die wichtigsten Baustellen, die sich die Bundesregierung heuer vornehmen sollte?**

Köppl-Turyna: Aus ökonomischer Sicht lassen sich drei zentrale Baustellen identifizieren. Erstens braucht es eine spürbare Entlastung bei den Standortkosten, insbesondere bei Abgaben auf Arbeit, Energie und Regulierung, um Investitionen wieder attraktiver zu machen. Zweitens ist die Geschwindigkeit entscheidend: Genehmigungsverfahren, Infrastrukturprojekte und Verwaltungsabläufe müssen deutlich beschleunigt werden, etwa

Schellhorn: Um aus dem Tunnel zu kommen, braucht es einen radikalen Kurswechsel; beispielsweise eine Budgetsanierung nach Schweizer Vorbild: Dort dürfen die Staatsausgaben nicht schneller steigen als die Einnahmen. In der Schweiz und Schweden geht die Staatsverschuldung in Richtung 30 Prozent, in Österreich in Richtung 90 Prozent. Die ausgabenseitige Sanierung ist der Schlüssel: Österreich muss seine Staatsausgaben von 55 Prozent der Wirtschaftsleistung in Richtung 45 Prozent drücken. Dazu braucht es Subventionskürzungen und einen neuen Zugang zum Sozialstaat – nach dänischem Vorbild: Fördern, aber auch fordern. Die Dänen zahlen höheres Arbeitslosengeld, das mit der Zeit sinkt. Sie arbeiten bis 67, die betriebliche Altersvorsorge sichert den Lebensstandard. Ergebnis: Ein ausfinanziertes Pensionssystem – während wir jährlich 35 Milliarden zuschießen. Die Lösungen sind nicht neu, sie wurden andernorts erfolgreich umgesetzt. Österreichs Regierung streicht aber lieber die Wände neu, während das Fundament wegbröckelt.



Franz Schellhorn ist seit 2013 Direktor der wirtschaftsliberalen Denkfabrik Agenda Austria.

zu tun. Inflationbereinigt liegt die Wirtschaftsleistung pro Kopf noch immer unter dem Wert von 2019. Wir verlieren also seit sechs Jahren an Wohlstand; heuer wird das siebte Jahr folgen. Die Unternehmen stehen mit dem Rücken zur Wand, nur die Hälfte der Betriebe schreibt laut KSV Gewinne, das vergangene Jahr brachte den

men gute Bedingungen vorfinden und darauf vertrauen können, dass der Staat seine Ausgaben unter Kontrolle hat, statt seinen Bürgern immer unerschämter in die Taschen zu greifen. Allen ist klar, dass das Problem auf der Ausgabenseite liegt. Wenn die Regierung die Ausgabenposten von 2019 nur um die ohnehin sehr hohe